

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1898

9.2.1898 (No. 39)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. Februar.

№ 39.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.,
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei. 1898.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

Der Prozeß Zola.

Die Verhandlungen im Prozeß Zola haben gestern vor dem Schwurgericht begonnen und die heute vorliegenden Berichte über den Verlauf der gestrigen Gerichtsitzung lassen bereits erkennen, daß es auch bei diesem Prozeß, wie in den vorhergegangenen gegen Dreyfus und Esterhazy, auf eine Beugung des Rechts abgesehen ist. Dem Angeklagten Zola wird jeder Versuch, die Wahrheit aller von ihm erhobenen Beschuldigungen durch Zeugenvernehmung zu erhärten, von vornherein unmöglich gemacht. Die wichtigsten militärischen Zeugen erschienen nicht und das ganze Prozeßverfahren macht jetzt schon den Eindruck einer traurigen Komödie. Die französische Geschichte weist bereits einen ähnlichen Fall gewollten richterlichen „Irrthums“ auf und es ist in der That bezeichnend, daß wie ehemals ein Voltaire dem Opfer fanatischer Haßes als Rächer erstand, heute ein Mann von der geistigen Bedeutung Zola's den Kampf gegen Verstocktheit und Intoleranz kühn aufnimmt. Die Neugierigkeit des Falles Calas mit dem Fall Dreyfus, oder genauer gesprochen des Falles Voltaire-Calas mit dem Fall Zola-Dreyfus springt in die Augen. Hier wie dort eine das allgemeinste Aufsehen erregende Verurteilung zu entsetzlicher Strafe, gegen deren Gerechtigkeit die ernstesten Zweifel sich regen, hier wie dort ein Schriftsteller von hohem Ruhm und überragender Stellung im literarischen und gesellschaftlichen Leben seiner Zeit, der seine weithin hallende Stimme erhebt, um die Revision des Gerichtsverfahrens zu fordern, einer wie der andere umtobt von dem Geheul der Massen, die sich ihr Opfer nicht entreißen lassen wollen. Die schwierigere, die gefährlichere Aufgabe freilich ist Emile Zola zugefallen. Wohl hat auch er, wie vor mehr als hundertdreißig Jahren Voltaire, die Sympathien der geistigen und sittlichen Auslese aller Nationen für sich, aber ihm stehen nicht nur die verblendeten Massen gegenüber, sondern auch die Gewalten des Staates, die in ihrer Angst vor der Enthüllung eines militärischen Panama alles daran setzen, die Revision eines Prozeßes zu hintertreiben, von dem sie selbst nicht mehr zu behaupten wagen, es sei dabei alles mit rechten Dingen zugegangen. Nicht darum handelt es sich heute, ob Alfred Dreyfus wirklich des Verraths militärischer Geheimnisse schuldig ist oder nicht, sondern darum, ob das Gerichtsverfahren gegen ihn den Grundsätzen entsprochen hat, auf denen sich das Rechtsleben aller gesitteten Nationen aufbaut und die eine Nation nicht preisgeben kann, ohne sich selbst aus der Reihe der gesitteten Völker und Staaten auszuschneiden. Dreyfus ist auf Grund von Schriftstücken des Landesverraths angeklagt worden, von denen nachträglich bis zur großen Wahrscheinlichkeit bewiesen wird, daß sie Fälschungen sind. Das allein würde überall in der zivilisierten Welt genügen, die Revision des Prozeßes herbeizuführen. Aber noch mehr: es wird behauptet und, nach den neuesten Meldungen, von einer amtlichen Persönlichkeit, dem früheren Kriegsminister Mercier, eingestanden, daß die Verurteilung des Hauptmanns Dreyfus auf Grund eines Aktenstückes erfolgte, das weder ihm noch seinem Verteidiger vorgelegt oder auch nur genannt wurde, so daß ihnen jede Möglichkeit der Verteidigung dagegen entzogen blieb. Das ist eine prozessualische Ungeheuerlichkeit, die, wie die „Wof. Ztg.“ bemerkt, selbst in Rußland und der Türkei kaum noch denkbar ist.

Die breite Masse des französischen Volkes ist unbestreitbar gegen Dreyfus. Meteorartig nur brechen aus ihr die Stimmen hervor, die Partei und Politik beiseite schiebend, in diesen Chaos der physischen und moralischen Verwirrung den festen Halt suchen und finden, der allein die Rettung bringen kann: die Wahrheit im Lichte des Tages. Sieht man sich darnach um, wer sie sind, so sehen wir an ihrer Spitze die Gelehrtenkreise und Männer wie Zola, Psychologen ihres Volkes, die fern dem politischen Parteigetriebe und frei von eigennütigen Interessen mit den Waffen der Vernunft und der Logik für diese Wahrheit einstehen und kämpfen. Sieht man sich um, wer an der Spitze ihrer Gegner steht, so sehen wir die Fanatiker des Klassen- und des Rassenhaßes, des nationalen Eigendünkels, des politischen und persönlichen Eigenmuthes, die mit hohlen Schlagwörtern, mit den Redandgeheißern der Vergangenheit, den Schredgespenstern der sozialen Gegenwart und den Traumbildern utopischer Hoffnungen die Seele des Volkes aufwühlen. Männern wie Rochefort, Drumont, Millevoix und Genossen, einer neuen Boulange, taumelt das Volk nach, vor der nächstern Wirklichkeit der Dinge verfliehet es das Auge.

Wie immer das Urtheil, das demnächst die Geschworenen fällen werden, lauten mag, das Eine steht unbestreitbar fest: die höchsten richterlichen und militärischen Behörden

der Französischen Republik wollen auch jetzt nicht der Wahrheit die Ehre geben.

Paris, 7. Februar.

In der Umgebung des Justizpalastes herrscht außergewöhnlich reges Leben. Der Sitzungssaal ist überfüllt, der Zudrang unbeschreiblich. Der ganze Vorderaum ist von jungen Advokaten in Besatz genommen; sie haben auf der Erde Platz genommen und füllen jeden Winkel. Noch stärker ist das Gedränge in dem Zwischenraum hinter dem Gericht; die Zahl der Damen ist nicht zu groß. Bei dem Erscheinen der Zeugen wird es im Saale immer lebendiger. Es erscheinen: der frühere Justizminister Trarieux, der Bezirkskommandeur General de Belleury, Rochefort, Jaurès, Scheurer-Kelner, der frühere Minister Develle u. s. w. Der Unterchef des Generalstabs, General Gonje, ist in Uniform. Emile Zola trägt über seinem schwarzen, mit der Rose der Ehrenlegion geschmückten Rock einen hellgrauen Ueberzieher. Hinter ihm nimmt Clémenceau Platz, der politische Leiter der „Aurore“, der von dem Vorhingen die Ermächtigung erhalten hat, an den Verhandlungen theilzunehmen, jedoch in Begleitung eines Advokaten, da er nicht Jurist ist.

Um 12 Uhr 10 Minuten erscheinen die Richter; die Staatsanwaltschaft vertritt der Generaladvokat Van Cassel. Ferré, der Geschäftsführer der „Aurore“, tritt zuerst vor und nennt seine Funktionen. Zola gibt sein Alter mit 58 Jahren an. Beide Angeklagte erklären, daß sie keinen Einwand gegen das Verfahren vorzubringen haben. Es wird bekannt, daß die Verteidigung acht oder neun, die Staatsanwaltschaft dagegen nur zwei Personen von der Geschworenenliste abgelehnt hat. 10 Minuten vor 1 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Generaladvokat Van Cassel setzt auseinander, weshalb die Verhandlung auf die Anklage von Zola gegen das Zweite Kriegsgericht beschränkt sein soll, das über Esterhazy zu urtheilen hatte. Wegen dieses Kriegsgerichts hatte Zola die Beschuldigung erhoben, daß es auf Befehl freigesprochen habe. Civilrechtlich, erklärt der Staatsanwalt, könne die Verurteilung nicht über die Klage des Kriegsministers hinausgehen, und der Kläger habe selbstverständlich das Recht, die Verhandlung dadurch zu beschränken, daß er bloß die Punkte festhalte, die er zur Aburtheilung für wichtig halte. Man müsse verhindern, daß die Verhandlung auf Abwege gerathe. Der Staatsanwalt, der dies alles ausgeführt hat, „damit man den Angeklagten nicht das Spiel begünstige“, verliest dann Anträge, dahin, der Gerichtshof möge von der Verhandlung alles ausschließen, was nicht unmittelbar mit der Verurteilung in Beziehung stehe.

Zola's Verteidiger, Labori, wendet sich mit folgenden Worten an die Geschworenen: „Sie kennen unsere Angelegenheit noch nicht, und unsere Gegner haben nur den einzigen Gedanken, uns zu verhindern, Sie damit bekannt zu machen. Die Stunde ist noch nicht gekommen, wo sie Ihnen in allen Einzelheiten auseinanderzusetzen werden soll, wir werden aber bald dazu gelangen. Zählen Sie auf mich. Wir werden, so hoffe ich, in dem Geist ganz und dem Gemüth der zwölf französischen Bürger Licht schaffen, die hier Frankreich betreten. Alle Thatfachen sind eng miteinander verbunden und Herr Zola muß Gelegenheiten haben, sich über alle auszusprechen, um die Begründung seiner Anschuldigungen nachweisen zu können. Achtung vor dem rechtskräftigen Urtheil, ja, dazu bekennen wir uns mehr denn sonst Jedem, allein, da wo es keine Gefährlichkeit mehr gibt und keine Gerechtigkeit gibt, ist für Niemand mehr eine rechtskräftig abgeurtheilte Sache vorhanden.“ Nach einigen Bemerkungen Clémenceau's legt Labori Anträge vor, die seinen Worten entsprechen. Der Präsident verliest sodann eine lange Erklärung, die Labori's Forderungen ablehnt. Der Präsident theilt alsdann mit, daß der Kriegsminister, General Billaud, im Einverständnis mit dem Kabinett, nicht erscheinen werde. Dann verliest er einen Brief von du Paty de Clam, der mit Rücksicht auf das bei dem Esterhazy-Prozeß beobachtete Antisystem sein Zeugnis verweigert. Labori ist darüber aufgebracht und betont die Wichtigkeit der Zeugenanfrage du Paty's. Er erzählt dabei die Geschichte einer verheirateten Dame, in die du Paty de Clam verwickelt war. Es handelt sich um ein Fräulein Blanche de Comminge, die Liebesbriefe von du Paty de Clam zurückgefordert hatte. Du Paty antwortete, die Briefe zurückzugeben, weil einer im Besitze einer Dame sei, die ihn nur gegen 500 Francs herausgeben wolle. Diese Dame ersahen auf dem Cours la Reine, wo Esterhazy von der anderen verheirateten Dame seine Verteidigungsschrift erhielt. Labori erklärt, er habe die notwendigen Beweise für die Richtigkeit dieser Geschichte. Auf das Publikum machte diese Erzählung einen tiefen Eindruck. Labori setzte dann die Verteidigung fort. Er ist bereit, bei der Verhandlung dieser Angelegenheit auf die Öffentlichkeit zu verzichten, wenn du Paty den Ausschluß fordern sollte. Labori erwähnt alsdann die Briefe Esterhazy's an Frau de Boulancy. Er verlangt, daß das Zeugnis der Frau de Boulancy dem Gerichte vorgelegt werde. Clémenceau beantragt, daß festgestellt werde, ob Frau de Boulancy sich noch in ihrer Wohnung befindet. Der Präsident fährt fort, Entschuldigungsbriefe von Zeugen zu verlesen. Unter diesen Zeugen befindet sich auch der Hauptmann Leblois de Renaud. Betreffs des Letzteren fragt Labori nach den Beweisen, wie und wo Leblois ein Geheißer Dreyfus' entgegengenommen habe. Er fordert, daß General Mercier auch vor Gericht geladen werde und dort erkläre, ob er seinen früheren Kollegen die Existenz geheimer Aktenstücke zugestanden habe. In diesem Augenblicke erhebt sich Zola und bittet, dem Kriegsminister die Frage vorzulegen, ob er den Zeugen das Erscheinen ausdrücklich verboten habe. Der Vorsitzende verliest einen Brief General de Boisdeffre's, der zwar aus Achtung vor dem Geheiß hätte erscheinen wollen, der aber, weil er mit dem Esterhazy-Prozeß nichts zu thun gehabt habe, davon Abstand genommen habe.

Der Advokat Clémenceau's erklärt, du Paty und General Billaud erschienen nicht, weil sie mit dem Prozeß zu thun gehabt hätten, Boisdeffre erschien nicht, weil er nichts damit zu thun gehabt hätte. Also sei der Fall für die Verteidigung jedenfalls aussichtslos. Die Sitzung wird zum zweitenmal unterbrochen.

(Mit einer Beilage.)

Bei dem Zusammentritt der Richter stellt Labori den Antrag, Fräulein de Comminge und alle Offiziere, insbesondere Mercier und Billaud vorzuladen.

Der Präsident, der sich durch diesen Antrag genötigt sah, abermals die Sitzung zu unterbrechen, zieht es vor, den Beschluß über den Antrag bis morgen auszuschieben.

Der Text der Anträge Labori's, die sich auf Casimir Périer beziehen, hat folgenden Wortlaut: In Erwägung, daß Périer erklärte, er habe sich zur Verfügung des Gerichtshofes der Geschworenen, wenn seine Gegenwart für nothwendig erachtet werde, in fernerer Erwägung, daß die Angeklagten seine Gegenwart für nützlich zur Offenbarung der Wahrheit erachten, wird beantragt, die Anweisung zu ertheilen, daß auf Vernehmung Périer's bestanden werde. Der weitere Theil der Anträge lautet: In Erwägung, daß die Zeugen Dormesville, Rabary, Mercier, Patron, Vallesalle, Maurel, Edmann, Boisdeffre, Hauptmann Comminge erklären, sie hätten im gegenwärtigen Prozeß nichts zu bekunden, in fernerer Erwägung, daß jede geladene Person zu erscheinen verpflichtet sei, vorbehaltlich des nach ihrem persönlichen Erscheinen gegenüber dem Gerichte anzurufenden gültigen Rechtsgrundes, in Erwägung endlich, daß es den Geladenen nicht zusteht, zu erklären, ob ihr Zeugnis wichtig ist oder nicht, ob sie Dinge, worüber sie zum Zeugnis berufen, wissen oder nicht wissen, und daß sie Dinge nicht wissen, worüber ihr Zeugnis erfordert, aus diesen Gründen wird beantragt, zu befehlen, daß genannte Zeugen gerichtlich zur Zeugenanfrage gezwungen werden. Der bezüglich der Zeugin Blanche de Comminge gestellte Antrag lautet: In Erwägung, daß das Zeugnis der Blanche de Comminge zur Offenbarung der Wahrheit unerlässlich ist, wird beantragt, zu befehlen, daß Blanche de Comminge zum Erscheinen gezwungen werde im Falle ihrer Krankheit, nach Feststellung von der Richtigkeit, die Zeugin durch eine Verhörskommission zu vernehmen, der sie auf folgende Fragen zu antworten gehalten sein soll: Weiß Zeugin, daß ihr Name gebraucht wurde, um an Picquard zu schreiben? Woher weiß sie, es würde sich nicht Hauptmann Vallement den Spitznamen „demi-dieu“ besetzen? Weiß sie, ob dieses Wort nicht in dem angeblich falschen Telegramm gebraucht ist? Hatte nicht Paty de Clam Gründe zu Mandern gegen sie und ihre Familie? Hat sie nicht Kenntnis, daß derselbe 1892 zu sehr erufen Mandern, namentlich zur Verwendung anonym Briefe seine Zuflucht nahm? Wurde nicht der Polizeipräsident mit der Angelegenheit befaßt, hat nicht General D. zu interveniren gehabt? Hatte nicht Paty de Clam behufs Zurückstattung eines Briefes eine Szene herbeigeführt, die sich am Cours de la Reine abspielte hat, wobei man eine verheiratete Dame interveniren ließ?

(Telegramme.)

* Paris, 8. Febr. Der „Soir“ meldet: Oberst Picquart, welcher als Zeuge erschien, sei gestern freigelassen worden.

* Paris, 8. Febr. Einzelne Blätter kritisiren in schärfster Weise das Fernbleiben von Billaud, Boisdeffre, Mercier und du Paty de Clam im Prozeß Zola. Trotz aller militärischer und staatsanwaltschaftlicher Kombinationen werde man nicht verhindern, daß endlich Licht in die Dreyfus-Affaire komme, und daß während des Prozeßes Zola die Revision des Prozeßes Dreyfus vorbereitet werde. — Es verlautet, der Deputirte Jaurès wolle wegen gewisser Vorkommnisse im Prozeß Zola in der Deputirtenkammer interpelliren. Der Prozeß Zola dürfte noch die ganze Woche andauern.

* Paris, 8. Febr. Seit zehn Uhr stehen zahlreiche Neugierige an den Zugängen zum Justizpalast, um die Ankunft der Zeugen und der mit Karten versehenen Personen zu beobachten. Rochefort wurde bei seinem Eintreten beifällig begrüßt. Das Eintreten Zola's wurde nicht bemerkt. Im Innern des Justizpalastes herrscht große Erregung. Die Polizei hat ihre Vorsichtsmaßregeln aufrecht erhalten.

* Paris, 8. Febr. Die Verhandlung wird um 12^{1/2} Uhr eröffnet. Der Präsident verliest ein Schreiben Esterhazy's, in welchem er sich weigert, Aussagen vor Gericht zu machen. Die Verteidiger verlangen die zwangsweise Vorführung Esterhazy's. Hierauf wird zum Aufrufen der Zeugen geschritten. Der erste Zeuge, welcher aufgerufen wird, ist Frau Dreyfus. Der Präsident weist die Fragen Labori's zurück, betreffend das Verhalten von Paty de Clam gelegentlich der Verhaftung Dreyfus'.

Der Gerichtshof beschließt entsprechend den Anträgen der Verteidigung die Verurteilung Boisdeffre's, Mercier's, Paty de Clam's und Esterhazy's.

An Emile Zola ist gestern aus Karlsruhe das folgende mit zahlreichen Unterschriften versehene Telegramm abgegangen:

„Veuillez accepter Monsieur l'expression de notre haute consideration et de notre entier dévouement pour l'éclaircissement complet d'une erreur qui jette la France dans de cruelles angoisses. Que nos vœux les plus ardents et nos sentiments les plus sincères vous accompagnent et vous donnent la force de lutter dans le combat pour la „Lumière“. Que tout ce qui est honnête et juste puisse crier à pleins poumons: Vive les luttteurs pour la justice et la liberté! Vive le brave Emile Zola et son assistant Clémenceau! Que vos noms soient à jamais pour la postérité synonymes de „Probité!“ Vive la lumière, vive Emile Zola!“

Der Privatdozenten-Gesekentwurf

ist in der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses zur Erörterung gelangt und damit der „Fall Arons“ in ein neues Stadium der Entwicklung getreten. Dr. Arons ist bekanntlich ein Privatdozent an der Berliner Universität. Als solcher hat er sich nicht bemerklich gemacht; er soll Vorlesungen über Chemie halten. Neben dieser Thätig-

keit übt er aber auch das Amt eines sozialdemokratischen Agitators aus. Die Universitäten sind, obwohl ihre Lehrkörper noch besondere Rechte haben, Staatsanstalten. Als solche werden sie aus Staatsmitteln unterhalten und unterstehen auch der Staatsaufsicht. Während ganz folgerichtig die Disziplinarverhältnisse der Professoren geregelt sind, daß die Staatsgewalt einen Einfluß auf die eventuelle Entfernung dieser Universitätslehrer hat, erfreuen sich in den Reich die Privatdozenten einer verschiedenen Behandlung. Die Privatdozenten beziehen zwar kein Staatsgehalt, wie die Professoren, aber der Staat gibt ihnen doch an den Universitäten Gelegenheit, zu lesen, sich weiter zu bilden und die Professorenstellung anzustreben. Unter Leuten, die auch nur das leiseste Tatgefühl haben, kann gar keine Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß die Privatdozenten für diese an sie erfolgenden Leistungen des Staates doch mindestens verpflichtet sind, nicht auf den Umsturz des letzteren offen hinzuwirken. Herr Dr. Arons hat dieses Tatgefühl nicht und hat ganz ungeniert unter den sozialdemokratischen Agitatoren eine große Rolle gespielt. Herr Dr. Arons hat Jahre hindurch unbehelligt an der Berliner Universität lesen und daneben Umsturzreden in öffentlichen Versammlungen halten können. Jetzt hat sich die preussische Regierung, wie der Kultusminister gelegentlich der Debatte über den Gesetzentwurf betreffs der Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten mittheilte, dazu entschlossen, disziplinarisch gegen Dr. Arons vorzugehen.

Ueber den Verlauf der Sitzung ist folgendes zu berichten: Kultusminister Boffe verweist auf die lebhafteste Erörterung, welche sich an die Bekanntgabe der Vorlage geknüpft habe. Für die Staatsregierung habe bei Ausarbeitung des Gesetzes die Bedürfnisfrage im Vordergrund gestanden, da für die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten seither nur statutarische Bestimmungen, und die nicht einmal an allen Universitäten und bei allen Fakultäten, vorhanden seien. Die Frage der Ordnungstrafen stehe dabei weit zurück gegenüber der Hauptfrage, der Entziehung der venia legendi, die seither vollständig ungenügend geregelt sei, und gegenüber der Frage, wer denn eigentlich die Disziplinarbehörde sei, denn es habe sich ergeben, daß der Minister nicht kraft seiner Aufsichtsbefugnis das Recht habe, einzuschreiten. Als erste Instanz solle nach der Vorlage die Fakultät, als zweite die ordentliche Disziplinarbehörde und als dritte das Staatsministerium entscheiden. Den Universitäten solle mit der Reform keine Unbill zugefügt, die Wissenschaft nicht unterdrückt, die Rechtslage der Privatdozenten nicht verschlechtert werden.

Abg. Dittrich (Centr.) führt aus, es müsse erst bewiesen werden, daß der Minister den Korporationen gegenüber ein solches Recht zu beanspruchen habe, wie es die Vorlage ihm biete. Redner beantragt Verweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Febr. v. Jedlich (Freis.) hält eine Kommission von zehn Mitgliedern für ausreichend, es empfehle sich, vorbehaltlich einiger kleiner Änderungen, die Vorlage gut zu heißen. Der Kultusminister sei gar nicht befugt, das Staatsaufsichtsrecht aus der Hand zu geben und auf das Recht zu verzichten, Privatdozenten aus dem Lehramt zu entfernen. Die Universitäten seien längst aus Korporationen Staatsanstalten geworden.

Der Kultusminister erwidert daß durch die einseitige Handhabung der Disziplinalgewalt des Ministers der Schein der Willkür erweckt werden könne. Der Fall Arons sei übrigens nicht der Grund, sondern nur der Anlaß, der Ausgangspunkt für die Vorlage. Je wichtiger die Frage sei, ob ein erklärtes Mitglied der sozialdemokratischen Partei offizieller Lehrer der akademischen Jugend sein könne, um so mehr sei ein geschickter Austrag dieser Frage geboten. Dem Gedanken, daß es Aufgabe der Universitäten sei, die Jugend mit Liebe zu lehren und zu erziehen, mit Achtung vor der Verfassung zu erfüllen, habe der hochselige Kaiser in der Stiftungsurkunde der Universität Straßburg Ausdruck gegeben; ebenso der regierende Kaiser in den Vorträgen bei den Universitätsjubiläen in Halle und Königsberg. Dr. Arons habe längst selbst einsehen müssen, daß für ihn an einer staatlichen Hochschule kein Platz sei. Ohne die bona fides der Berliner Fakultät anzuzweifeln, müsse doch behauptet werden, daß sie der Achtung vor der staatlichen Autorität nicht Rechnung getragen habe, als sie es bei einer einfachen, fruchtlos gebliebenen Barmarkung gegen Arons bewenden ließ.

Abg. Birchow (Freis. Volksp.) legt klar, daß ein generelles Gesetz gegen einen einzigen Dozenten gemacht werden solle, der sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig sei. Die Vorlage treffe den Lebensnerv der Universitäten.

Abg. Zrmer (konf.) tritt für die Vorlage ein.

Abg. Forst (Centr.) findet, daß die Vorlage die Rechtslage der Privatdozenten im ganzen verbessere. Die Freiheiten der Universitäten dürften indes nur soweit beschränkt werden, als es das öffentliche Interesse verlange.

Abg. Friedberg (nat. lib.) erklärt, daß seine politischen Freunde es für unverträglich mit der Stellung eines Privatdozenten hielten, wenn dieser sozialdemokratische Agitation treibe. Daß das Staatsministerium als zweite Instanz walten solle, sei bedenklich; er ziehe daher das Oberverwaltungsgericht vor. Eine Kommission von 14 Mitgliedern reiche aus.

Abg. Stephan (Centr.) beklagt es, daß man gegen arbeitstüchtige Professoren nicht vorgehe.

Abg. Stöcker (bei keiner Fraktion) hält es für unverträglich, daß ein Privatdozent öffentlich als Sozialdemokrat aufträte.

Abg. v. Heydbrand (konf.) weist es ab, daß der vorliegende Gesetzentwurf einzig gemacht sei, um gegen Arons einzuschreiten zu können. Das hätte das Staatsministerium thun müssen, ohne dieses Gesetz abzuwarten.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

* Die Deutsche Partei in Württemberg.

In Stuttgart tagte am Sonntag die Landesversammlung der Deutschen Partei. Der Vorsitzende des Landesauschusses, Rechtsanwalt Dr. Schall, wies in seiner Eröffnungsansprache auf die Veränderungen in der Reichspolitik hin, die die Hoffnung erwecken, daß der wieder gefundene Kurs der richtige sei. Die Flottenvorlage sei vor einer weiten Beschränkung und Folgerichtigkeit gestellt, so daß es schwer zu vernehen sei, wie es Parteien geben könne, welche sich ohne weiteres ablehnend dagegen verhalten. Die Württembergische Volkspartei habe freilich niemals das Vieh »Auf mein Deutschland, häim' dein Haus« gefannt. Es sei ein trauriges Schauspiel, daß ein anerkannter Führer der Volkspartei die Verheerung in Ostasien mit dem Raubzug Jameson's in eine Parallele habe stellen können. In der innern Reichspolitik dürfe der vom preussischen Minister Miquel ausgehende Ruf nach »Sammlung« wohl durchführbar sein, wenn die extremen Bestrebungen der Agrarier auf das richtige Maß zurückgeführt würden. Auf dem Gebiete der Landespolitik seien die Aussichten nicht gerade glänzend. Der Redner hob hier besonders hervor, wie bei der Verfassungsrevision die Deutsche Partei, in dem röklichen Bemühen, etwas Positives zustande zu bringen, den »Proporz« nicht zur unerlässlichen Bedingung gemacht habe, während jetzt die Volkspartei die Stichwahlen vor conditio sine qua non erkläre. Die Stichwahlen bedeuteten nichts anderes als die Unterdrückung der Mehrheit durch unnatürliche Bündnisse der Minoritäten. Nun sei aber auch der Proporz nur zum Schutz der Minderheiten da; wo bleibe denn da die Mehrheiten? Die Verfassungsrevision solle ein Werk des Friedens sein und demgemäß auch durch gegenseitiges Nachgeben zu Ende geführt werden.

Landtagsabgeordneter Sachs erstattete Bericht über die letzten Verhandlungen des Landtags.

Auf Antrag von Rechtsanwalt Schott-Stuttgart wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher die Landesversammlung ihr vollständiges Einverständnis mit dem Verhalten der Kammerfraktion sowohl bezüglich der Verfassungsrevision als des Ortsortstehergesetzes ausdrückt.

Kommerzienrath Hartmann-Heidenheim sprach über die Flottenvorlage. Er hob u. a. hervor, die bedeutende Entwicklung des deutschen Seehandels sei allerdings ohne große Kriegsschiffe vor sich gegangen, aber wer garantiere uns, daß der Friede erhalten bleibe? Die Geschichtsbücher Frankreichs zur See sei größer als diejenige des ganzen Dreißigjährigen und der kriegerischen Stimmungen, die gegenwärtig in England wahrzunehmen seien, dürfe man nicht übersehen. Es besähe ein schreckliches Mißverhältnis zwischen unserer Handelsflotte und der Kriegsschiffe.

Kommerzienrath Widemann brachte darauf eine Resolution ein, die besagt, die Flottenvorlage der Reichsregierung entspreche den nationalen Bedürfnissen nicht nur der Industrie und des Handels, sondern ebenso sehr der Landwirtschaft und des Kleinhandels, und sei auf das Fräftigste zu unterstützen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Redakteur Dr. Karl Eblen verbreitete sich in eingehendem Vortrag über die Reform des Militärstrafprozesses. Die Aus-

führungen des Referenten gipfelten in einer Resolution, worin der Entwurf der Militärstrafgerichtsordnung begrüßt wird, als eine Grundlage zur endlichen Durchführung der seit Gründung des Reichs verlangten und besprochenen Reform, und von den Verhandlungen des Reichstags ein weiterer Ausbau des Entwurfs nach modernen Rechtsanschauungen erhofft wird. Diese Resolution fand auf Antrag von Professor Knapp-Heilbronn nur in ihrem ersten allgemeinen Theil einstimmige Annahme, während die im einzelnen aufgeführten Forderungen zurückgestellt wurden, weil die Mehrheit der Versammlung sich in diesen Detailfragen nicht für kompetent erachtete.

Professor Metzger sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Aus dem von Dr. Schönleber erstatteten Parteiberichte ist zu entnehmen, daß die Deutsche Partei zur Zeit in 43 Vereinen 4994 eingeschriebene Mitglieder zählt, sowie daß in acht Reichstagswahlkreisen die Organisation fertig oder nahezu abgeschlossen ist. Gutspächter Bräuninger-Holbach trat dafür ein, daß der Bund der Landwirthe nicht bekämpft werde.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 8. Februar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag die Meldung des Hauptmanns Freiherrn von Seebach und des Premierlieutenants Freiherrn von Lersner vom 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, kommandirt als Adjutanten zur 31. Division beziehungsweise 18. Infanterie-Brigade, entgegen. Darnach empfing Höchstselbe den Minister von Brauer und den General-Intendanten Dr. Würkin zur Vortragserstattung. Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Präsidenten Dr. Nicolai, des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationssekretärs Dr. Sepp.

** Der Beginn der Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten ist, wie wir erfahren, auf den 3. März festgesetzt worden.

Dr. Sch. (Schneebeobachtungen.) Bei dem Witterungs-umschlag, der in der verfloffenen Woche eingetreten war, hat es im ganzen Lande geschneit, in erheblicher Menge aber nur in den höheren Lagen; hier ist die Schneelage gleichwohl im allgemeinen noch etwas geringer, als im ersten Drittel des Dezember vorigen Jahres. Am Morgen des 5. (Samstag) konnten gemessen werden: in Furtwangen 45, in Dürckheim 17, in Stetten am kalten Markt 10, in Heiligenberg 12, in Bollhaus 25, beim Heilberger Hof 60, in Bounsdorf 25, in Höchenschwand 35, in Bernau 33, in Gersbach 55, in Todtnauberg 40, in Heubronn 32, in Kniebis 45, in Breitenbrunn 35, in Herrenwies 25, in Kaltenbrunn 36, in Tiefenbrunn 5, in Strümpfelbrunn 14, in Elsenz 2 und in Buchen 10 cm.

* Baden, 7. Febr. Gestern fand, laut »Bad. Tagbl.«, in Sasbach die Hauptversammlung des Badischen Ostbauvereins Kreis Sasbach statt. Der I. Vorstand, Herr Hofgärtner Fießer-Baden-Baden, eröffnete die Sitzung und dankte den in großer Anzahl anwesenden Mitgliedern und Interessenten für ihr Kommen. Herr Direktor Dümrig-Bühl erstattete den Rechenschaftsbericht für das Jahr 1897, der als ein guter bezeichnet werden kann in Bezug des vorhandenen Vereinsvermögens. Der Kassentanz ist 290 M. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1903, heute jedoch 254 Mitglieder. Dies ist der deutliche Beweis für die rege Thätigkeit des Vereins und die Anerkennung, welche derselbe dadurch findet. Hierauf wurde der Voranschlag für 1898 aufgestellt und von Herrn Oberstll.-Achern vorgetragen. Der Badische Ostbauverein hat sich die besondere Aufgabe gestellt, nicht allein für die Massenanzüchtung der vorzüglichsten Obstsorten zu sorgen, sondern auch den Obsthandel in jeder Beziehung zu fördern.

4. Aus dem Bienenstock, 7. Febr. Der Frauenverein in Dolzen beging sein zehnjähriges Stiftungsfest und beschloß, sich dem Badischen Landesverbande anzuschließen. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin, von dem Beschlusse ebrenthätig in Kenntniß gesetzt, bereitete dem Verein durch ein hübsches Antworttelegramm die größte Freude. — In Lörrach hat, wie seiner Zeit berichtet, der Frauenverein einen Platz zur Anlage einer Kleinkinderschule geschenkt erhalten. In der letzten Generalversammlung wurde beschlossen, den vorhandenen Fond

Feuilleton.

Großherzogliches Hoftheater.

Die Premiere des Bühnenspiels »Lobetanz«.

S. Anschließend an unseren längeren Vorbericht zu der Premiere des »Lobetanz«, in welchem wir unseren verehrlichen Lesern die Fabel des Bühnenspiels sowie einiges Wissenswertes über die beiden Autoren der Novität bekannt gegeben hatten, können wir nun von einem vollen und überaus herzlichen Erfolge berichten, den das entzückende Werk und dessen vornehme und schöne Interpretation am Sonntag Abend erzielt haben. Die Aufführung, die in Anwesenheit der Großherzoglichen Herrschaften und vor einem vollständig erschienenen Publikum stattfand, währte ein- schließlich zweier kürzerer Pausen von 6¹/₂ bis 9 Uhr und während dieser im Fluge dahineilenden Zeit konnte man auf allen Gesichtern die lebhafteste Anteilnahme, ein freudiges Staunen ob all dem vielen Neuen und Schönen — und in der Kerkel- und Hinzurichtungszene des dritten Aufzuges wohl auch ein banges Entsetzen wahrnehmen, welches letzteres jedoch in der Schlussszene des Wertes — dem bedrohlich aufragenden Galgen zum Trost — in rechte Herzensfreude und wohnig wohlige Tanzseligkeit umschlug. Ein Zauberer groß ist Lobetanz, schaut nur die zweite an, der Galgen umleuchtet von Glüd und Glanz; Fräuling hat Wunder gethan! So lauten die Schlusssprüche der märchenhaften, frühlingssonnigen Schöpfung, und ähnliches dachten wir, als wir die beiden zur Premiere herbeigekommenen Autoren des Wertes, den Dichter Otto Julius Bierbaum und den Komponisten Ludwig Thuille — beides Männer in der Mitte der dreißiger Jahre — wie schon nach dem zweiten Aufzuge so nun am Schlusse der Aufführung vielmals vor dem enthusiastisch applaudirenden Publikum erscheinen sahen. Zwei frühlingssonne Künstler haben hier gemeinsam ein freundlich holdes Wunder vollbracht, ein sinnig sonniges Märchenpiel vom Spielmanne, der sich durch seine herzensselbstigen Wesen ein Königsstüchlein gewinnt, ein leuchtend durchstrahltes Bühnenspiel, das über die grotesken Schrecknisse einer wahrhaft genial konzipirten Kerkelzscene und eines wunderbarlichen Ganges zum Schluß zu einem glücklichen Ende

selbst den König und den Scharfrichter mitfortreisenden Tanzapotheose der Freude unter dem drohend aufragenden Galgen führt. Des Dichters Werk haben wir in unserem Vorberichte bereits eingehender geschildert; von der Arbeit des Komponisten wollen wir heute aber erst vermerken, daß dieselbe bei erfreulicher Ursprünglichkeit und mehrfachen genialischen Eingebungen durchweg technische Meisterhaftigkeit in Satz und Instrumentation und einen den verschiedenartigsten Stimmungen gerecht werden- den Empfindungs- und Erfindungsreichtum wahrnehmen läßt. Auf das ekstatische Vorwalten einer gewissen, von des Gedankens Blässe nicht angekränkelten Frische und Natürlichkeit haben wir schon längst aufmerksam gemacht, und dieser für eine moderne Schöpfung so seltene Vorzug kam uns bei der Aufführung noch überzeugender zum Bewußtsein. Endlich wieder einmal ein Werk, das uns nicht erschütternde psychologische oder pathologische Probleme vorführt, das uns nicht in ewiger Entzückung erhalten will, sondern das zu freudlich fröhlichem Genießen einlädt, zu »Glüd und Glanz« wie ein hoher Verzeßtag, dessen vorübergehende Gewitterdauer wir ja in den erwähnten dysteren Szenen auch mitzuburchleben bekommen. Es ist wieder einmal lustig geworden auf den Brettern, die die Welt bedeuten; man tanzt im königlichen Garten, man tanzt im Kerkel und man tanzt unter dem Galgen, und alles das im verschönten Zauber einer herzensechten Daseinsfreudigkeit. Wir begrüßen den »Lobetanz« somit als ein freundlich-wohlgelungenes, Tanz- und Spottlied auf den Geist der Schwere, und als solches wird dieses Bühnenspiel nun wohl seinen Rundzug über die deutschen Bühnen entretten und allenthalben herzlich willkommen geheißen werden. Uns gilt der »Lobetanz« — nächst der viel dysteren, dramatisch ansichbareren und musikalisch allerdings noch eigenartigeren »Angewelde« — als die bedeutendste Novität der letzten sechs Karlsruher Opernjahre, und die Großherzogliche Hofoper kann es sich wahrlich zu hohem Ruhme anrechnen, dieses wohlthuende Werk in die Deffentlichkeit eingeführt zu haben. Zu weiterem Ruhm gereicht unserer Hofbühne aber die wahrhaft vornehm-schöne Art, in welcher diese Einführung vollzogen worden ist. Nicht nur der Fräuling, der den begnadeten Autoren ihr Werk eingab — auch das Künstlerensemble der Groß- Hofoper hat Wunder gethan, indem es das wunderbarste Werk gleich bei der allerersten Aufführung

zu so nahezu einwandfrei-schöner Berlebendigung gelangen ließ. Herr Generalmusikdirektor Mottl hatte das Bühnenspiel vortrefflich einstudirt und dirigirte die Aufführung mit erstklassiger Freude und Liebe, Herr Schön hatte den »Lobetanz« ganz vorzüglich inszenirt und im Verein mit Herrn Albert Wolf für entzückend stimmungsvolle Bühnenbilder gesorgt, Herr Hofmusikdirektor Bahlmann erquickte die mehreren belangreichen Violinrollen hinter der Szene in sehr anerkennenswerther Weise, und die darstellenden Künstler leisteten zum Theil Allerbestes. Eine ungemeinlich schöne Leistung war die Bringsinn der Frau Mottl, die in ihrem ganzen Wesen und in ihrem ganz dahinmelenden Gesange den traumhaften, märchenhaften Charakter dieser reizenden Gestalt trefflich zu interpretiren vermochte. Herrn Hausherr's »Lobetanz« wirkte mit einer geradezu mitfortreisenden Unmittelbarkeit, die wir um so rühmender anerkennen müssen, als der Sänger mit einer gewissen, durch den häufigen Wechsel von Singen und Sprechen noch gesteigerten Reizbarkeit des Organes zu kämpfen hatte. Wir glauben kaum, daß man sich den »Lobetanz« in seinem ganzen Wesen überzeugender verkörpert denken kann, als das gestern von Herrn Hausherr gezeigte ist. Herrn Plant's König, Fräulein Nov's anmuthige Wiedergabe der »Ersten der Braunen« (der als sehr geschickte Darstellerin der »Ersten der Braunen« Fräulein Meyer zur Seite stand), die Gesangenen der Herren Rebe, Beyer, Jäger und Bönnig, der junge Burche des Herrn Buschard, der Fröhler des Herrn Mark und der Richter des Herrn Kempf — alle diese charakteristisch ausgearbeiteten Leistungen verdienen Dank und vollste Anerkennung, und einzig von Herrn Schilling hoffen wir bei Wiederholungen des Wertes eine bedeutsamere Reization der Ansprüche des Dichters zu vernehmen. Die Chöre sangen ihre zum Theil recht heißen Gesänge recht sicher und rein, die mehrfachen Aufzüge waren bestens arrangirt — kurz, die ganze Aufführung stand unter dem Zeichen schönsten Gelingens, für welches denn auch das Publikum seinen Dank durch vielfältige warmherzige Hervorrufe der darstellenden Künstler bekräftigte. Und somit: »Lobetanz sing« — singe noch recht oft, singe uns aus dem Winter in deine eigentliche Welt, den Venz hinüber, und singe und geige »Glüd und Glanz« in die Herzen hinein!

durch Aufnahme eines Kapitals zu verstärken, um den Bau im Frühjahr in Angriff nehmen zu können. Der Jahresbericht enthielt die Bereinigung durch Krankenunterstützung und sonstige Wohltätigkeit, sowie auf dem Gebiete weltlichen Unterrichts eine lehrreiche Tätigkeit. Das neue Mädchenseminar erfreut sich guten Zuspruchs.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Berlin, 7. Februar.

Unterstaatssekretär **Fritsch**: Die Verwaltung hat sich überzeugt, daß die Postämter aus militärischen Kreisen ihr Amt im allgemeinen gut ausfüllen und daß die ganze Einrichtung auch heute noch ihre Berechtigung hat. Es wird nicht gelüftet werden, daß die Berufstätigkeit der Offiziere bei diesen eine Reihe von Eigenschaften begünstigt und ausbildet, die sie dazu qualifizieren, auch in anderen Verwaltungszweigen Tüchtiges zu leisten. Die Zahl von 132 Militärpostämtern ist geblieben, die Zahl der Postämter überhaupt ist gestiegen.

Abg. Graf **Stolberg-Wernigerode** (kons.) tritt dem Antrag mit Entschiedenheit entgegen und bedauert, daß die Zahl der Militärpostämter angesichts der großen Zahl pensionierter Offiziere nicht größer ist.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Kopisch** (Frei. Volksp.) und **Stolberg-Wernigerode** (kons.) wird der Antrag **Kopisch** abgelehnt.

Abg. **Pasche** (nat.-lib.) referiert über die Verhandlungen der Kommission bezüglich des Titels 21 „Postsekretäre“ u. s. w. Die Kommission beantragt, über die Petitionen betreffend die Gleichstellung der Postsekretäre mit den Gerichtsekretären hinsichtlich der Beförderung unter Berücksichtigung der in baldige Aussicht gestellten allgemeinen Personalreform zur Tagesordnung überzugehen.

Präsident **v. Bülow** bemerkt, daß über die Petitionen erst in dritter Lesung werde abgestimmt werden.

Abg. **Müller-Sagan** (Frei. Volksp.) wünscht Erhöhung des Durchschnittsgehalts der Postsekretäre.

Bei Titel 23 bittet Abg. **Werner** (Reform.) den Staatssekretär um Wohlwollen für die Post- und Telegraphenassistenten.

Auf Anregung des Abg. **Müller-Sagan** (Frei. Volksp.) bemerkt Staatssekretär **v. Podbielski**: Wir haben einen jährlichen Zugang von 2000 Postassistenten. Dies muß man bedenken und darf auf unsere jetzigen Verhältnisse nicht die bisherigen Zahlen anwenden wollen bezüglich des Dienstaltersverhältnisses.

Bei Titel 24 wünscht Abg. **Dr. Hamacher** (nat.-lib.) für die Fernsprecheinrichtungen ein schnelleres Aufsteigen in etatmäßige Stellen.

Abg. **Singer** (Soz.) bezieht sich auf den Anfangsgehalt der Gehilfen mit 25 M. pro Tag als nicht ausreichend.

Staatssekretär **v. Podbielski**: Ich soll die Fernsprecheinrichtungen verbilligen. Gewiß, dann muß ich aber eine billige Verwaltung haben. Wir haben jetzt erst den ersten Jahrgang von Damen, die seit neun Jahren im Dienste sind. Der Abgang aus dieser Jahresklasse ist fast nur auf Verheiratung der jungen Damen zurückzuführen.

Abg. **Prinz zu Schönau-Carolath** (nat.-lib.) weist auf den Zubruch zu diesen Stellen hin.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. **Müller-Sagan** weist Geh. Postrat **Shbow** auf die mehrfachen Anordnungen und Verbesserungen in den Fernsprecheinrichtungen zu Gunsten der Angestellten hin.

Es folgen weitere Bemerkungen des Abg. **Dr. Vogens** (Centr.) und des Referenten.

Bei Titel 25 „Postunterbeamte“ und Titel 26 „Landbriefträger“ berichtet Abg. **Dr. Pasche** (nat.-lib.) als Referent über die von der Kommission beschlossene Resolution, wonach das Anfangsgehalt der Postunterbeamten von 800 M. auf 900 M. erhöht und die im Rechnungsjahr 1898 hierfür nötigen Mittel durch einen Ergänzungsetat angefordert werden sollen, ebenso über eine zweite Resolution der Kommission, wonach das Endegehalt der Landbriefträger von 900 M. auf 1000 M. erhöht und die Mittel dazu ebenfalls durch einen Ergänzungsetat angefordert werden sollen.

Abg. **Singer** (Soz.) beantragt, die in den Resolutionen geforderten Erhöhungen sogleich in den Etat aufzunehmen und den dadurch notwendig werdenden Mehrbedarf auf Grund einer vorzunehmenden kalkulatorischen Berechnung in den Etat einzufügen.

Geh. Oberpostrat **Neumann**: Die Stellung der Regierung zu der staatsrechtlichen Frage ist dem hohen Hause bekannt. Seit Einführung des Altersstadiums (1. April 1895) ist bei den Postunterbeamten hierdurch eine Verschlechterung der Gehaltslage nicht herbeigeführt worden. Die Aufschüpfung ist verfürzt worden.

Abg. **von Kardoff** (Reichsp.) hält die Einstellung von Summen in den Etat für einen Verwaltungsakt, der dem Reichstag nicht zustehe.

Abg. **Müller-Zulda** (Centr.) tritt für die Resolutionen ein, die sehr wohl Erfolg verheißen.

Abg. **Werner** (Reform.) wird mit seiner Partei für die Resolutionen stimmen und wünscht einen Erholungsurlaub von 14 Tagen für die Unterbeamten. Der Antrag Singer erscheine acceptabel, verpöche aber leider keinen Erfolg.

Abg. **Hamacher** (nat.-lib.) stimmt Kardoff bei.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Lieber**, **Roos** (der nicht für die Resolutionen stimmen wird), **Müller-Zulda**, **Lenzmann**, **Hamacher** und **Kardoff** wird der Antrag Singer abgelehnt und die Titel 25 und 26, sowie die Resolution der Kommission angenommen, bejehleichen weitere Titel.

Abg. **Hamacher** (Centr.) bittet um Erweiterung des Telephonnetzes im rheinischen Gebiete, besonders Bielefeld-Eberfeld.

Geh. Rath **Shbow** verpöcht Berücksichtigung dieses Wunsches nach Möglichkeit.

Abg. **Kardoff** (Reichsp.) kündigt einen Antrag auf Erweiterung des Telephonnetzes auf dem platten Lande an.

Die fortwährenden Ausgaben werden bewilligt, ebenso die einmaligen Ausgaben bei Titel 15.

Schluß 6 Uhr.

Berlin, 7. Februar.

(Telegraphischer Bericht.)

Der Rest des Postetats wird genehmigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird ohne Debatte angenommen.

Der Freundschafts- und Handelsvertrag mit dem Oranjer-Freistaat wird ebenfalls angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Abg. **Richter**: Bezüglich der Dinge in Ostasien hat der Herr Staatssekretär in der Kommission Aufklärung gegeben. Wir erklären, daß wir die Erwerbung der Kiautschau-Bucht anders ansehen, und zwar besser als die Flaggensicherung in Afrika. Wir haben in Ostasien keine politischen Interessen im engeren Sinne zu vertreten, sondern nur wirtschaftliche. Daher ist der Platz als Handels- und Kohlenstation in einem Lande von alter, wenn auch eigenartiger Kultur vielleicht nützlich. Augenblicklich ist in der Umgebung der Bucht für Handel und Industrie keine Gelegenheit.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 8. Febr. Seine Majestät der Kaiser hatte heute Vormittag eine Besprechung mit dem Staatssekretär **v. Posadowsky** und im Anschluß daran eine solche mit dem Staatssekretär **v. Bülow**.

Berlin, 8. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags setzte gestern die Berathung des Etats der südwestafrikanischen Schutzgebiete fort. Unterstaatssekretär **v. Richter** verteidigt, daß die Regierung den Bahnbau, der dringend nötig sei, unternommen habe. Die Privatgesellschaft habe unannehmbare Forderungen gestellt und die jährlichen Baukosten auf 325 000 M. veranschlagt. Abg. **v. Kardoff** will die Schutzgebiete als einzelne juristische Personen behandelt wissen. Abg. **Richter** warnt vor der Unterschätzung der finanziellen Frage. Unterstaatssekretär **Wagenhorn** tritt für eine Schutzgebietsanleihe mit Reichsgarantie ein. Die Sätze des Extraordinariums werden bewilligt. Nach Schluß der Verhandlungen dankt Landeshauptmann **Leutwein** der Kommission des Reichstags für das Verständnis, das sie den berechtigten Forderungen der Kolonien entgegenbringe.

Darmstadt, 8. Febr. Die Zweite hessische Kammer trat heute zu einer mehrtägigen Sitzung zusammen, um das Budget zu berathen. Man begann heute mit der Generaldebatte.

Berlin, 8. Febr. Der neu ernannte Gesandte des Deutschen Reiches, **Freiherr von Notenhan**, überreichte heute Mittag in Begleitung des Legationsrathes von **Bülow** dem Bundespräsidenten **Ruffi** und dem Vizepräsidenten **Müller** sein Beglaubigungsschreiben. Unmittelbar darauf machten **Ruffi** und **Müller** ihren Gegenbesuch.

Paris, 7. Febr. Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen, **Hanotaux**, erklärte, die Lage in Abyssinien sei ausgezeichnet; was die griechisch-türkische Frage angehe, so zwingt die europäische Diplomatie dem Sultan ihren Willen auf. Die französische Diplomatie habe nochmals erfolgreich die Initiative ergriffen. Das europäische Konzert prüfe die Frage der Kandidatur des Prinzen **Georg**, der Frankreich günstig gegenübersteht. Frankreich zeige sich wohlwollend gegenüber Griechenland. Was das französisch-russische Bündniß angehe, so sei das ein Punkt, über den Mittheilungen unmöglich seien. Das Bündniß sei eine geschichtliche Thatfache, nicht das Werk einer Partei. Der Minister legt sodann die glücklichen Erfolge der französischen Diplomatie in China dar. Eine Menge Fragen sei zu unserer Befriedigung geregelt. Frankreich wünsche die Unverletzbarkeit des Chinesischen Reiches. **Millerand** wirft der Regierung vor, daß sie sich in den griechisch-türkischen Streit im Gefolge anderer Mächte begeben und dadurch herbeigeführt habe, daß Frankreich seine überwiegende Stellung in Konstantinopel zu Gunsten Deutschlands verloren habe. Er verlange Aufklärung über das französisch-russische Einvernehmen.

Paris, 8. Febr. In seiner Erwiderung auf die Angriffe **Millerand's** führte der Ministerpräsident folgendes aus: **Millerand** hat uns vorgeworfen, wir hätten die Stellung des Sultans befestigt. Was würde er uns erst vorwerfen, wenn wir das Beispiel Deutschlands befolgten hätten und gleich wie dieses die Vertreibung des Sultans ergriffen hätten? Die Regierung läßt sich darin von den Interessen Frankreichs bestimmen und man hat Anlaß, sich über die erhobenen Vorwürfe zu verwundern. Sodann sagte **Maline**: Ich verifiziere, daß ohne die französisch-russische Allianz das europäische Konzert weder hätte Dauer haben, noch überhaupt hätte zustande kommen können. Dieser Allianz ist es zu danken, daß ein allgemeiner Weltbrand vermieden werden konnte. **Millerand** fürchtet, daß Frankreich sich überortholen lassen könnte. Wenn man Freunde haben will, darf man ihnen nicht beständig Mißtrauen bezeugen. Man muß offen Hand in Hand arbeiten. Die französisch-russische Allianz ist ein lange vorbereitetes Werk. Deshalb ist die Freundschaft Frankreichs nicht ungeduldig. Die Freundschaft Russlands ist ein stets dauerhaftes Gefühl. Man hüte sich, die Grundlage derselben zu untergraben, wie es eine gewisse Presse thut. (Sehhafter Beifall.)

London, 8. Febr. Die „Times“ melden: Es sei anzunehmen, daß China in Folge der Operationen Russlands die englischen Anleihevor schläge ablehnen werde. In entsprechender Weise werde China auch die russischen Vorschläge wegen der Operationen Englands nicht annehmen können. China sei rathlos und könne die Kriegsentwädigung an Japan nur in Raten zahlen. Es gebe sich aber der Hoffnung hin, daß Japan wahrscheinlich zu einer Verlängerung der Zahlungsfrist sich verstehen werde. Mittlerweile ist ein kaiserliches Dekret erlassen, betreffend die Ermächtigung zur Ausgabe von Schatzfonds im Betrage von 100 Millionen Taels zum Zinsfuß von fünf Proz. Das Dekret appellirt an die Beamten, die Staatspersonen und die Großkaufleute, die Ausgabe der Schatzfonds zu unterstützen, damit vielleicht eine Deckung für die im Mai fällige Rate erlangt werde.

Konstantinopel, 8. Febr. Der griechische Gesandte **Fürst Maorokordato** protestirt heute schriftlich und mündlich auf der Porte und im Yildiz-Palais gegen die letzten militärischen Maßnahmen **Sejjullah Pascha's** in Thessalien und machte dem Doyen der Botschafter entsprechende Mittheilung.

Verschiedenes.

Thorn, 8. Febr. (Telegr.) Die Hochwasser Gefahr ist vorüber. Der Hochwasser-Signalball wurde heute herabgelassen.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Donnerstag, 10. Febr. Abth. A. 40. Ab. Borst. (Mittelpreise.) Zum erstenmale wiederholt: „**Robertus**“, Schauspiel in 3 Akten von **Otto Julius Bierbaum**, Musik von **Ludwig Thuille**. Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 9. Febr. 18. Ab. Borst. Zum erstenmale: „**Jugendfreunde**“, Lustspiel in 4 Akten von **Ludwig Fulda**. Anfang 7 1/2 Uhr.

Weiterbericht des Centralur. f. Meteorol. u. Hydrol. v. 8. Febr. 1898. Die Witterungsverhältnisse von ganz Nord- und Mitteleuropa werden heute durch zwei Depressionen beherrscht, von welchen die eine über der nördlichen Nordsee, die andere über der Ostsee liegt; bei meist südwestlichen Winden ist es daher trüb oder unbeständig mit Regen- und Schneefällen. Die Temperaturen liegen in der westlichen Hälfte Mitteleuropas über dem Gefrierpunkt, in der östlichen etwas darunter. Eine wesentliche Witterungsänderung steht nicht in Aussicht.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Februar	Barom.	Therm.	Abol.	Feuchtigk.	Wind	Himmel
7. Nachts 9 U.	748.0	1.6	5.0	96	SW	bedeckt 1)
8. Morgs. 7 U.	753.0	1.2	4.4	89	„	„ 1)
8. Mittags 2 U.	753.5	4.0	3.9	64	„	„

1) Graupel.

Höchste Temperatur am 7. Febr. 4.3; niedrigste in der darauffolgenden Nacht 1.0.

Niederschlagsmenge des 7. Febr. 2.3 mm.

Wasserstand des Rheins. **Wagau, 8. Febr.**: 2.91 cm, gefallen 5 cm.

Telegraphische Kursberichte

vom 8. Februar 1898

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 306 3/4, Staatsbahn 294 1/2, Lombard. 72.—, 3 1/2% Portugiesen 21.60, Egypten —, Ungarn 103.30, Diskonto-Kommandit 202.20, Gotthardaktien 150.50, 3% Mexikaner 25.80, 6% Mexikaner 97.80, Ottomanbank 110.25, Türkenloose 35.40, Italiener 93.60. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 169.43, Wechsel London 204.25, Paris 80.95, Wien 169.90, Italien 76.72, Privatdiskont 2 1/2%, Napoleons 16.20, 4% Deutsche Reichsanleihe 103.95, 3% Deutsche Reichsanleihe 97.60, 4% Preuß. Rentie 103.87, 4 1/2% (3 1/2% abg.) Baden in Gulden 101.—, 4 1/2% (3 1/2% abg.) Baden in M. 102.25, 3 1/2% Baden in M. 102.80, 3% Baden in M. v. 97.—, 4% Monopoliengriechen 40.—, 3% Italiener 93.60, Oesterr. Goldrente 103.95, Oesterr. Silberrente 86.90, Oesterr. P. v. 1860 126.90, Portugiesen 33.60, Neue 4% Russen 67.40, 4% Serben 63.10, Spanier 61.80, Türkenloose 35.50, 1% D-Türken 22.25, 4% Ungar. Goldr. 103.35, Kronenrente 100.—, 5% Argentinier 80.20, 5% Chinesen 101.40, 6% Mexikaner 97.85, 5% Mexikaner 95.50, 3% Mex. 26.—, Berliner Handelsbank 172.40, Darmstädter Bank 158.80, Deutsche Bank 209.60, Dresdener Bank 163.60, Babilische Bankverein 224 1/2, Ottomanbank 110.50, Rainzer —, Elbthalaktien —, Schweizer Centralbank 141.50, Schweizer Nordostbahn 108.30, Schweizer Union 75.90, Aara-Simplon 86.20, Mittelmeerbahn 95.90, Meridionalbank 135.45, Babilische Zuckerrabrit 56.—, Harner 175.—, Nordd. Lloyd 110.90, Paderfahrit 116.—, Orléans Maschinenfabrik 239.50, Karlsruher Maschinenfabrik 197.—, Nordd. Pref. 66.—, A. G. S. 281.50, Schudert 262.90. (2 1/2% Ubr.) Kreditaktien 306 3/4, Diskonto-Kommandit 209.60, Staatsbahn 294 1/2, Lombarden 72.—. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Kurse von 2 1/2 Uhr Nachm.) Kreditaktien 307 1/2, Diskonto-Kommandit 202.50, Staatsbahn 294 1/2, Lombarden 72.—. Tendenz: fest.

Frankfurt. (Abendkurse.) Kreditaktien 307 1/2, Diskonto-Kommandit 202.40, Staatsbahn 295.—, Lombarden 72 1/2, Gelsenkirchen —, Harpener —, Laurahütte —, Türkenloose —, 6% Mexikaner —, Aara-Simplon 86.20, Italiener 93.70. Tendenz: fest.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 227.20, Diskonto-Kommandit 202.20, Deutsche Bank 209.70, Berliner Handelsbank 172.20, Bochumer Gußst. 195.—, Laurahütte 182.20, Harpener 174.70, Dortmund 95.70. Tendenz: fest.

Berlin. (Schlußk.) 4% Reichsanl. 103.90, 3% Reichsanl. 97.50, 4% Preuß. Rentie 103.90, Oesterr. Kredit 227.90, Diskonto Kommandit 202.40, Dresdener Bank 163.60, Nationalbank in Deutschland 155.60, Bochumer Gußstahl 196.20, Gelsenkirchen Bergwerk 177.30, Laurahütte 183.—, Harpener 175.20, Dortmund 96.60, A. G. S. 281.50, Schudert 263.50, Dynamit Trust 176.—, Adl.-Wollmüller Pulverfabr. 220.—, Deutsche Metallwarenfabrik 339.—, Staatsbahn 145.50, Kanada-Pacific 82.50, Privatdiskont 2 1/2%.

Bericht: Bei Eröffnung der Börse herrschte beruhigte Tendenz. Auf dem Montanmarkte verursachten Deckungen, trotz der geringen Umsätze, ziemlich erhebliche Kursveränderungen. Auf dem Eisenbahnmarkte waren Schweizer fest, die übrigen wenig verändert. Auf dem Fondsmarkte Türken nur wenig erholt. Privatdiskont 2 1/2% Prog.

Berlin. (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 202.50, Deutsche Bank 209.70, Dortmund 96.20, Bochumer 196.20.

Wien. (Vorbörse.) Kreditaktien 360.50, Staatsbahn 340.70, Lombarden 80.50, Marknoten 58.80, 4 1/2% Unq. Gold. 121.30, Papierrente 102.55, Oesterr. Kronenrente 102.90, Fänderbank 217.75, Ungar. Kronenrente 99.40. Tendenz: fest.

Paris. (Anfangskurse.) 3% Rente 103.55, 5% Rente 61 1/2, Türken 22.40, 3% Italiener 93.55, Ottomanbank 559.—, Rio Luto 707.—. Tendenz: —.

Paris. (Schlußkurse.) 3% Rente 103.62, 3% Portugiesen —, Spanier 61 1/2, Türken 22.50, Ottomanbank 562.—, Rio Luto 710.—, Banque de Paris 943.—, Italiener 93.62, Debeers 771.—, Robinson 224.—. Tendenz: still.

London. (Südafrikan. Minen.) Deeders 30 1/2, Chartered 3 1/2, Goldfields 5.—, Randfontein 2 1/2, Fairbank 5 1/2, 6% Argentinier (innere) 31.40, Athlison Top 32 1/2, Union. Kapst. 61 1/2.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

BOVRIL Fleisch in flüssiger Form ist unübertroffen für die Herstellung von Suppen, Saucen etc. Kein frisches Fleisch für die Suppe erforderlich. Bovril allein genügt.

Garantirt solide **Seidenstoffe**, Sammts, Plüsch u. Velvets liefern direkt an Private. Man verlange Muster mit Angabe des Gewünschten. von **Elten & Kussen**, Fabrik und Handlung, Crefeld.

